



AKTIONSBÜNDNIS
GEGEN STUTTGART 21

c/o Dr. Eisenhart von Loeper, Hinter Oberkirch 10, 72202 Nagold, Tel.: 07452-4995

Stuttgart, 10. November 2014

Herrn Vorsitzenden MdB Martin Burkert
und den Mitgliedern des Verkehrsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Nicht öffentliche Anhörung zum Thema Brandschutz beim Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Burkert,
sehr geehrte Mitglieder des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags,

als ehrenamtlich und gemeinnützig tätige Organisation innerhalb der großen
Bürgerbewegung, die sich den erkennbar schweren Mängeln des Bahnprojekts „Stuttgart 21“
entgegenstellt und deren Aufarbeitung betreibt, wenden wir uns heute an Sie.

Wir begrüßen es sehr, dass Sie sich – einer Initiative der Fraktionen DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgend – mit dem Thema Brandschutz bei S 21 befassen.

Zugleich sind wir sehr erstaunt darüber, dass die Öffentlichkeit davon ausgeschlossen werden
soll. Bekanntlich hat ja die Deutsche Bahn bisher noch immer kein genehmigungsfähiges
Brandschutzkonzept vorgelegt. Ein offenbar unüberwindliches Hindernis schafft vor allem
der Mangel an Fluchtwegen im Katastrophenfall (siehe den Beitrag „Gefährliche Defizite“ auf
Seite 31 im SPIEGEL Nr. 32 vom 4. August 2014). Für zahlreiche Menschen kann der
geplante Tiefbahnhof somit zur Todesfalle werden.

Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Menschen resultieren auch aus der geplanten
Gleisneigung des Tiefbahnhofs von 15 Promille. Dieser Wert liegt um das Sechsfache über
dem Regelmaß des Paragraphen 7 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO). Dagegen
setzen sich gerade auch Lokführer zur Wehr, weil Züge – wie in Köln bei sehr viel geringerer
Gleisneigung schon mehrfach geschehen – deswegen wegrollen könnten.

Sicher teilen Sie mit uns die Auffassung, dass die Gefährdung höchster Rechtsgüter – hier des
Lebens und der Gesundheit von Menschen – bestmöglich vermieden werden muss. Dies
gebietet nicht zuletzt ja auch die Rechtsprechung höchster Gerichte.

Wenn diese Fragen im Verkehrsausschuss oder „im parlamentarischen Raum“ nun aber ohne
die betroffene Öffentlichkeit erörtert werden sollen, drängt sich uns der Eindruck auf, dass die
demokratische Transparenz den Bahninteressen geopfert und die völlig offenen
Sicherheitsfragen nicht ernsthaft aufgeklärt werden. Wir rufen Sie daher auf, diesen Kurs im
Sinne demokratischer Glaubwürdigkeit zu überdenken und zu ändern.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Eisenhart von Loeper
Rechtsanwalt und Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21